



Grund- und Menschenrechte

Anlage und Intention des Heftes

Vor allem seit dem Aufkommen der Corona-Pandemie stehen Grundrechte und deren Einschränkungen immer mehr im öffentlichen Diskurs. Die Schüler*innen werden mithilfe dieses Hefts in die Lage gebracht, sich fundiert zu Themen mit Grund- und Menschenrechtsbezug zu äußern. Wie gewohnt ist diese WOCHENSCHAU kontrovers, exemplarisch und mit aktuellen Fallbeispielen konzipiert.

Der Umfang dieses Themenheftes macht es nicht möglich, jedes Grund- und Menschenrecht einzeln zu behandeln. Die Auswahl orientiert sich vor allem an aktuellen politischen Kontroversen. Die Schüler*innen lernen aktuelle Debatten kennen und verstehen, dass Menschenrechte auf allen internationalen und nationalen Ebenen Geltung besitzen.

Anhand exemplarischer Fallbeispiele werden die Schüler*innen zu aktuellen Themen mit bürger- oder menschenrechtlichen Bezügen konfrontiert. Zum Abschluss einer jeden Doppelseite werden die Schüler*innen ermutigt, persönlich Stellung zu beziehen und sich mit ihren eigenen Werturteilen auseinander zu setzen. Grundsätzlich werden die Schüler*innen anhand des Materials damit konfrontiert, dass Menschenrechte ein internationales Rechtsregime sind und nicht bloß im deutschen oder europäischen Kontext relevant sind. Aufgrund dieser Internationalität wird die Betrachtung von Menschenrechten ganzheitlich gewährleistet. Die Schüler*innen verstehen, dass ihre persönlichen Grundrechte nur in Deutschland Geltung besitzen, sie aber auf ein internationales Geflecht von Menschenrechten zurückgreifen können.

Kapitel 1: Was sind Grund- und Menschenrechte?

S.3: Zu Beginn der Auseinandersetzung mit Grund- und Menschenrechten stellen sich die Schüler*innen einen eigenen „Grundrechte-Salat“ zusammen. Die Schüler*innen sind aufgefordert, mithilfe eines Grundrechtekatalogs die aus ihrer Sicht zehn relevantesten Grundrechte auszusuchen. Hier ist das Ziel, dass die

Schüler*innen mit jedem Grundrecht in „Berührung“ kommen und sie gemeinsam eine Abwägung treffen. Zum Abschluss dieser Einführung stellen die Schüler*innen ihre „Grundrechte-Salate“ vor und geben sich gegenseitig eine Rückmeldung unter dem Label „Küchenkritik“. Für diese Aufgabe ist es sinnvoll, dass alle Schüler*innen einen Zugang zu einem Grundrechtekatalog haben. Dieser Zugang wird im Heft über QR-Codes ermöglicht. Die Schüler*innen können sich aussuchen, ob sie das Grundgesetz in leichter Sprache nutzen, oder ob sie sich mit den regulären Gesetzestexten beschäftigen wollen. Über die jeweiligen Landeszentralen für politische Bildung können Sie das Grundgesetz auch kostenlos für die ganze Klasse bestellen (zzgl. Versandkosten). Da das Grundgesetz auch in vielen weiteren Unterrichtseinheiten von Relevanz ist, kann es sich durchaus lohnen, einen Klassensatz für Ihre Klasse zu bestellen.

Schwerpunkte der Kompetenzvermittlung

Die Schüler*innen

- erweitern ihr Orientierungswissen, indem sie die Artikel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland kennenlernen und die Lernprodukte anderer Gruppen fachlich analysieren;
- wenden dieses Grundlagenwissen an, um ihre Handlungs- und Urteilskompetenz auszubauen: Sie simulieren einen „Kochwettbewerb“, in welchem sie als Verfassungsköch*innen einen „Grundrechte-Salat“ kreieren und zubereiten. Hierfür ist es notwendig zu diskutieren und zu begründen, welche zehn Artikel sie als besonders wichtig erachten;
- nehmen begründet Stellung zu den Ergebnissen der anderen Gruppen und diskutieren die Frage, welchen Umfang ein Grundrechtekatalog (mindestens/maximal) haben sollte.

Exklusiv im Abo: Unter



**wochenschau-
online.de**

erwarten Sie zusätzliche Materialien und Hinweise sowie das PDF zum Heft.

Einstieg: Aktivierung von Vorwissen und Erweiterung des Orientierungswissen

Alternative Herangehensweise

Methodischer Hinweis: Die Methode kann mehr oder weniger inszeniert werden. Denkbar ist eine einfache Gruppenarbeit mit dem Grundgesetz-Text. Ebenso gut ist es möglich, die Schüler*innen Salatschüsseln und -besteck mitbringen zu lassen, gegebenenfalls auch Kochmützen und -schürzen. Die Zutaten können handschriftlich als Karteikarten-Notizen hergestellt werden, aber auch als symbolhafte Bildquellen mit einem Farbdrucker produziert werden (evtl. als vorentlastende Hausarbeit). Für die dritte Phase („Küchenkritik“) sollte ausreichend Zeit eingeplant werden, da hier die eigentliche Reflexion und Auswertung stattfindet. Falls sich die Klasse auf ein „Sterne-Rezept“ einigen kann, könnte es gerahmt und als Urkunde im Klassenzimmer aufgehängt werden.

- S. 4/5: Die besondere Qualität von Grund- und Menschenrechten wird durch den Begriff der Würde erkennbar. Die Verwirklichung eines Lebens in Würde für alle Individuen auf der Welt ist Ziel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Aufgrund dessen beschäftigen sich die Schüler*innen auf der Doppelseite 4/5 mit dem zentralen Begriff der Würde. Ziel ist es, diesen abstrakten Begriff greifbar zu machen und den Schüler*innen aufzuzeigen, dass die Menschenrechte dazu beitragen, die Würde des Menschen zu schützen. Durch einen Text als Einstieg werden die Schüler*innen mit dem Begriff „universell“ vertraut gemacht. Den Schüler*innen wird ersichtlich, dass Menschenrechte auf internationaler Ebene durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht werden. Durch diese Erkenntnis werden die Schüler*innen dafür sensibilisiert, dass Menschenrechte auf mehreren Ebenen verankert und festgeschrieben sind.

Auseinandersetzung mit dem Begriff „Würde“

Für die Auseinandersetzung mit dem Würdebegriff interpretieren die Schüler*innen eine Illustration. Unter Zuhilfenahme der Placemat-Methode entwickeln die Schüler*innen ihre eigenen Konzeptionen des Begriffs der Würde. Wichtig ist hierbei, dass eine Diskussion der Gruppenarbeit stattfindet, da die verschiedenen Konzeptionen und Definitionen miteinander verglichen werden sollten. Eine diskursive Auseinandersetzung scheint hier besonders angebracht, da der Austausch über den Begriff der Würde zentrales Anliegen dieser Unterrichtsstunde ist.

Schwerpunkte der Kompetenzvermittlung

Die Schüler*innen

- interpretieren anhand einer Illustration, was der Begriff Würde bedeutet und erweitern hierdurch ihr konzeptuelles Wissen in Bezug auf den Würdebegriff;
- entwickeln unter Zuhilfenahme der Placemat-Methode ein eigenes Konzept des Würdebegriffs und vergleichen in der Klasse ihre Konzepte.

- S. 6/7: Auf der vorherigen Doppelseite wurden die Schüler*innen darauf vorbereitet, dass Menschenrechte auf verschiedenen Ebenen der internationalen Verflechtung festgeschrieben sind.

Die relativ hohe Zahl an Dokumenten, die Menschenrechte abbilden (von der Charta der Grundrechte über die Europäische Menschenrechtskonvention bis hin zu den Verfassungen von Staaten und dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland), sorgt bei vielen Schüler*innen nicht selten für Verwirrung.

Diese Doppelseite startet mit einem Arbeitsblatt, mit dem die Schüler*innen sich anhand einiger Beispiele von Grund- und Menschenrechtskatalogen die jeweiligen Geltungsbereiche erschließen. Anhand einer Weltkarte wird eine Auswahl an Rechtskatalogen dem jeweiligen Geltungsbereich zugeordnet und die Begriffe „national“, „regional“ und „universal“ werden entweder verstetigt oder eingeführt. Anhand der Zuordnung und einer Textarbeit können die Schüler*innen die Begriffe anwenden und voneinander unterscheiden. Zusätzlich können die Schüler*innen die Begriffe Menschenrechte und Bürgerrechte voneinander abgrenzen.

Schwerpunkte der Kompetenzvermittlung

Die Schüler*innen

- erlangen eine Orientierungskompetenz in Bezug auf die Geltungsbereiche der Menschenrechtskataloge;
- die Schüler*innen erwerben bildungssprachliches Grundlagenvokabular und wenden es durch eine angeleitete Textproduktion selbst an.



Kapitel 2: Die Geschichte der Grund- und Menschenrechte

Das zweite Kapitel vermittelt in erster Linie konzeptuelles Deutungswissen um die Geschichte und Merkmale der Menschenrechte. Es werden zentrale Dokumente vorgestellt und wesentliche Begriffe eingeführt.

- S. 8/9: Die Schüler*innen lernen die Entstehungsgeschichte der Grund- und Menschenrechte kennen, indem sie einen Text in die chronologisch richtige Reihenfolge bringen. Anhand einer Grafik können sich die Schüler*innen selbst prüfen. Die abschließende Lernaufgabe festigt das gelernte Wissen und bringt den Schüler*innen die zentralen Meilensteine der Menschenrechte näher. Gleichzeitig werden die Schüler*innen bei der Nutzung von Bildungssprache unterstützt. Ziel ist es, dass die Schüler*innen einen eigenen Text mit vorgegebenen Wörtern verfassen. Es ist angebracht, die Texte in der Klasse zu vergleichen oder von der Lehrkraft prüfen zu lassen, um den korrekten Gebrauch der bildungssprachlichen Vokabeln zu gewährleisten.

Die Darstellung der Geschichte der Menschenrechte wird durch ein von Amnesty-International veröffentlichtes Videoangebot ergänzt. Hier wird nochmal explizit dargestellt, weshalb einzelne Staaten verpflichtet sind, Menschenrechte in ihren Hoheitsgebieten zu gewährleisten. Durch das Verfassen eines eigenen Textes werden die Schüler*innen im Erwerb der Bildungssprache geschult, da sie aufgefordert werden, die Begriffe „verabschieden“, „in Kraft treten“, „Freiheit“ und „Religion“ zu benutzen. Die folgende Doppelseite legt den Fokus auf die Entstehung des Grundgesetzes in Deutschland.

- S. 10/11: Hier liegt der Fokus auf der Entstehung des Grundgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland. Der ausgewählte Text ist in leichter Sprache verfasst und bietet vor allem leseschwachen Schüler*innen die Möglichkeit, sich ohne große Frustration mit einem Text auseinanderzusetzen. Neben den inhaltlichen Lernzielen liegt hier der Fokus auf Sprachbildung und Textarbeit. Die Schüler*innen sollen anhand des Textes Definitionen bilden und den Text durch das Verfassen eigener Überschriften selbst erarbeiten und gliedern. Um das historische Verständnis der Entstehung des Grundgesetzes zu schulen, wird auf

die Teilung Deutschlands eingegangen und dargelegt, wieso es zu zwei verschiedenen Rechtssystemen oder auch Rechtsregimen in Deutschland kam. Hier dient eine Karte von Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg als Hilfe und dient zur Förderung der Orientierungskompetenz. Zum Abschluss der Textarbeit wird das Wissen aus der vorhergehenden Doppelseite noch einmal aufgenommen. Allerdings ist die Bearbeitung der vorherigen Doppelseite hierfür nicht zwingend notwendig, da die Materialien ausreichen, um die abschließende Diskussionsfrage zu beantworten: Die Schüler*innen diskutieren gemeinsam, was jemandem entgegnet werden könnte, der*die behauptet, dass Deutschland keine Verfassung habe. Damit soll das Verständnis der Bedeutung der Begriffe „Verfassung“ und „Grundgesetz“ gefestigt werden.

Die falsche Behauptung, dass Deutschland keine Verfassung habe, dient dazu, staatliches Handeln als illegitim darzustellen und öffnet auch die Tür in verschwörungsideologische Argumentationsmuster. Hier sollte darauf geachtet werden, dass eine gemeinsame Diskussion stattfindet und die Schüler*innen die erworbenen Kenntnisse auch in einer Diskussion anwenden.

Über das Exklusivmaterial, auf das nur Abonnent*innen der WOCHENSCHAU Zugriff haben, können Sie anhand eines Kreuzworträtsels prüfen, ob die Schüler*innen die zentralen Begriffe der ersten beiden Kapitel verinnerlicht haben.

Meilensteine der Menschenrechte

Schwerpunkte der Kompetenzvermittlung

Die Schüler*innen

- verfassen eigene Überschriften für einen Text in leichter Sprache und erschließen sich den Textinhalt selbstständig;
- lernen in einer Diskussion begründet zu argumentieren, dass das Grundgesetz den Rang einer Verfassung hat.

Grundlagentext in leichter Sprache

Kapitel 3: Grund- und Menschenrechte konkret – Wie werden unsere Rechte geschützt?

Das Kapitel bietet anhand exemplarischer Fallbeispiele die Möglichkeit, sich mit einzelnen Grund- und Menschenrechten auseinanderzusetzen. Die Schüler*innen lernen Grenzen der Meinungsfreiheit einzuschätzen und lernen das Verhältnismäßigkeitsprinzip anhand eines vom Verwaltungsgericht Berlin ausgesprochenen Demonstrationsverbotes kennen. Durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip kann besonders gut aufgezeigt werden, dass sich die verschiedenen Rechte gegenseitig bedingen: Die Erfüllung von Grund- und Menschenrechten kann nur in ihrer Gesamtheit gewährleistet werden. Falls ein Recht beschränkt wird, um ein anderes gewährleisten zu können, muss diese Einschränkung verhältnismäßig sein.

Rollen- und Diskussionsreflexion

Grenzen der Meinungsfreiheit

- S. 12/13: Auf dieser Doppelseite wird die Meinungsfreiheit zum Thema gemacht. Anhand eines exemplarischen Fallbeispiels lernen die Schüler*innen, dass nicht jede Meinungsäußerung verfassungsrechtlich geschützt ist. Gegenstand ist die Klage des NPD-Mitglieds Udo Pastörs vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Er wurde zuvor vom Amtsgericht Schwerin wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Verleumdung zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung von acht Monaten verurteilt. Grund war eine Landtagsrede am 28. Januar 2010 anlässlich des Holocaust-Gedenktages. Eine von Pastörs eingereichte Verfassungsbeschwerde wurde ohne Angabe von Gründen als unzulässig abgewiesen. Schlussendlich versuchte sich der NPD-Abgeordnete vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die ihm auferlegte Strafe zu wehren und berief sich auf die Meinungsfreiheit.

Die Schüler*innen diskutieren ausgewählte Zitate aus der Landtagsrede und lernen anhand der gerichtlichen Argumentation Grenzen der freien Meinungsäußerung kennen.

Die Schüler*innen begegnen hier dem europäischen Grundrechtsschutz, da der Fall zunächst vom Amtsgericht Schwerin behandelt und schließlich am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte entschieden wurde. Die Schüler*innen lernen im gewählten Fallbeispiel, dass die Menschenwürde auch noch über den Tod hinaus gilt.

Teil 2 dieser Doppelseite greift einen sehr schüler*innennahen Fall auf: Wegen Volks-

verhetzung im Klassenchat ermittelt die Polizei Ende 2019 gegen Schüler aus einer neunten Klasse eines Gymnasiums in Bayern. Anhand des Falls lernen die Schüler*innen den Straftatbestand der Volksverhetzung kennen und stellen fest, dass ihr Onlineverhalten auch strafrechtliche Relevanz haben kann.

Sie positionieren sich zu der Aussage des stellvertretenden Direktors, dass den verantwortlichen Schüler*innen einfach nicht klar gewesen sei, was es bedeute, wenn sie in einem sozialen Medium strafrechtlich relevante Symbole und Zitate weitergeben.

Zum Abschluss entwirft die Klasse eigene Regeln für das Verfassen von Nachrichten im klasseneigenen Chat.

Schwerpunkte der Kompetenzvermittlung

Die Schüler*innen

- erkennen anhand eines Fallbeispiels die Grenzen der Meinungsfreiheit und können begründet darlegen, wann eine Aussage den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt;
- erstellen Regeln für ihren eigenen Klassenchat.
- S. 14/15: Hier werden die Schüler*innen auf einem Arbeitsblatt mit Aussagen konfrontiert, die sie hinsichtlich der Grenze der Meinungsfreiheit analysieren sollen. Die Schüler*innen schätzen ein, ob die jeweilige Aussage von der Meinungsfreiheit geschützt oder ob sie verboten ist. Auf der nächsten Seite können sie sich selbst prüfen.

Natürlich ist diese Einschätzung ohne Vorwissen schwer zu bewerkstelligen. Allerdings bereitet die vorhergehende Doppelseite das nötige Wissen für eine begründete Einschätzung vor. Hier geht es auch nicht darum, dass die Schüler*innen alles „richtig“ einschätzen. Vielmehr soll es durch die Auseinandersetzung gelingen, begründet einzuschätzen, welche Aussagen von der Meinungsfreiheit geschützt sind und welche Aussagen nicht.

Durch einen Videobeitrag von „mailab“ lernen die Schüler*innen, was Zensur bedeutet und wie eine oftmals postulierte Zensur in sozialen Netzwerken wie YouTube zustande kommt bzw. angeblich funktioniert.

Das Video thematisiert einen Beitrag von Michael Wendler – ein den Schüler*innen bekannter Prominenter. Er äußert sich über soziale Netzwerke, dass überall Zensur stattfindet und es nicht möglich sei, unzensuriert seine Meinung sagen zu können. Dies gelinge nur noch auf Telegram, da dieses soziale Medium keine Zensur vornehme. Unter Anbe-



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Wörterbuch

... ein Begriff für politische Bildung

Wörterbuch Politikunterricht

Mit zahlreichen Stichworteinträgen zu den Konzepten und Begriffen des Politikunterrichts ist das Wörterbuch das ideale Nachschlagewerk. Der Band bietet angehenden wie erfahrenen Lehrkräften eine schnelle Übersicht zu den relevanten Themen der Politikdidaktik, ihren Bezugswissenschaften und für die Praxis der politischen Bildung. Neuere Ansätze wie die Demokratiebildung werden von den namhaften Autor*innen ebenso berücksichtigt wie jüngere Begriffe aus der Praxis.

hrsg. von Sabine Achour, Matthias Busch, Peter Massing und Christian Meyer-Heidemann

ISBN 978-3-7344-0953-0, 312 S., € 22,90

PDF: ISBN 978-3-7344-0954-7, € 18,99



Stichworte

Aktualität, Antisemitismus, Arbeitstechniken, Außerschulische Kooperationen, Außerschulisches Lernen, Basis- und Fachkonzepte, Bedeutsamkeit, Berufsbildende Schulen, Betroffenheit, Beutelsbacher Konsens, Bezugswissenschaften, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Bildungsstandards, Bilingualer Politikunterricht, Bürgerbildung, Citizenship, Demokratiebildung, Demokratiepädagogik, Diagnostik, Didaktische Prinzipien, Differenzierung, Digitalisierung, Diversity, Emanzipation, Emotionen, Europabildung, Evaluation, Exemplarität, Fächerintegration, Fächerübergreifender Unterricht, Fake News, Formales, non-formales und informelles Lernen, Forschendes Lernen, Friedensbildung, Gender, Genetisches Prinzip, Geschichte der politischen Bildung, Globales Lernen, Globalisierung, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Handlungskompetenz, Handlungsorientierung, Heterogenität, Historisch-politisches Lernen, Holocaust Education, Identität, Ideologiekritik, Inklusion, Integration, Interkulturelles Lernen/Interkulturelle Kompetenz, Intersektionalität, Kompetenzmodelle, Konstruktivismus, Kontroversität, Kritik, Kritische politische Bildung, Leistungsmessung und Leistungsbewertung, Medien, Menschenrechtsbildung, Migration, Mikromethoden/Makromethoden, Multiperspektivität, Mündigkeit, Partizipation, Politik/Politikbegriffe, Politikdidaktik, Politikdidaktische Konzeptionen, Politische Analysefähigkeit, Politische Bildung, Politische Bildung als Unterrichts- und Schulprinzip, Politische Bildung in der Grundschule, Politische Einstellungen (von Kindern und Jugendlichen), Politische Kultur, Politische Ungleichheit, Politisch-ökonomisches Lernen, Prävention, Praxiskontakte mit Politiker*innen, Problemorientierung, Professionalisierung, Qualitative Unterrichtsforschung, Quantitative Unterrichtsforschung, Rassismuskritik und rassistisch-kritische politische Bildung, Recht, Rechtsextremismus, Schülerorientierung, Schulfächer der Politischen Bildung, Soziales Lernen, Sozialformen, Sprachbildung, Transnationalisierung, Unterrichtsphasen, Unterrichtsplanung, Urteilskompetenz, Werte, Wissenschaftsorientierung, Zukunftsorientierung.

www.wochenschau-verlag.de



[www.facebook.com/
wochenschau.verlag](https://www.facebook.com/wochenschau.verlag)



[www.twitter.com/
wochenschau-ver](https://www.twitter.com/wochenschau-ver)

Das Verhältnismäßigkeitsprinzip

tracht der Tatsache, dass vor allem über Telegram Menschen mit Verschwörungsideologien (der Verschwörungsideologe Attila Hildman hat ca. 100.000 Follower*innen auf seinem Telegram-Kanal) in Kontakt kommen und hierüber für die Anti-Corona-Demonstrationen Menschen rekrutiert werden, ist es angebracht, auf das Soziale Medium Telegram gesondert einzugehen.

- S. 16/17: Gerade mit dem Aufkommen der Corona-Pandemie rücken die Grundrechte verstärkt in den Mittelpunkt der Diskussion. Vor allem über die Versammlungsfreiheit, aber auch über das Demonstrationsrecht wurde heftig und breit diskutiert.

Das vorliegende Fallbeispiel zeigt auf, dass selbst in Zeiten der Pandemie Grundrechte nicht ohne eine Verhältnismäßigkeitsprüfung eingeschränkt werden dürfen. Exemplarisch lernen die Schüler*innen, was für Bedingungen erfüllt sein müssen, um eine geplante Demonstration zu verbieten. Die Schüler*innen lernen das Verhältnismäßigkeitsprinzip kennen und sollen selbst entscheiden, ob sie eine Einschränkung des Versammlungsverbots als verhältnismäßig erachten oder nicht.

Schwerpunkte der Kompetenzvermittlung Die Schüler*innen

- nehmen durch eine angeleitete Textarbeit und eine Grafik Stellung zu einem geplanten Verbot einer Anti-Corona-Demonstration;
- prüfen selbstständig anhand des Verhältnismäßigkeitsprinzips, wie sie zu einer Einschränkung des Versammlungsverbots stehen;
- reflektieren in einer Diskussion ihre eigene Urteilsbildung und prüfen sie.

Asylrecht als Menschenrecht

- S. 18/19: Asylrecht ist im europäischen Kontext – aber auch in Deutschland – ein derzeit sehr kontrovers diskutiertes Thema, das in der Lage ist, die europäische Gesellschaft zu spalten. Grundsätzlich gibt es mit der Genfer Flüchtlingskonvention einen völkerrechtlich bindenden Vertrag, der die Rechtsstellung von geflüchteten Menschen klar definiert und humanitäre Mindeststandards festhält. Darüberhinaus gibt es zahlreiche weitere Übereinkommen – z. B. die Europäische Menschenrechtskonvention und das Grundgesetz –, die die Aufnahme von schutzsuchenden Menschen regeln.

Allerdings ist mit Blick auf das tatsächliche Weltgeschehen festzustellen, dass die festgelegten Mindeststandards für Menschen in Not nicht konsequent eingehalten werden. Um dieses komplexe und mehrdimensionale

Thema ausführlicher zu bearbeiten, empfehlen wir zusätzlich das WOCHENSCHAU-Themenheft „EU“ für die Sekundarstufe I (Bestell-Nr. 1520). Hier wird ausführlicher auf die europäische Migrationspolitik eingegangen, weshalb sich das vorliegende Themenheft nur auf einer Doppelseite mit dem Menschenrecht auf Asyl beschäftigt. Sie analysieren eine Grafik und erschließen sich durch die Analyse ihnen noch unbekannte Schutzrechte für geflüchtete Menschen. Im Anschluss positionieren sie sich zur Aussage von Horst Seehofer: „Erst kommt die Ordnung und dann die Humanität“.

Schwerpunkte der Kompetenzvermittlung Die Schüler*innen

- erschließen sich anhand einer Grafik ihnen zumeist unbekannte Felder des europäischen Asylsystems;
- diskutieren die Kontroverse um die Priorisierung von Ordnung und Humanität in der Asylpolitik und positionieren sich zur Aussage Seehofers;
- lernen, dass das Menschenrecht auf Asyl auf jeder internationalen Ebene verankert ist und können Aussagen eines deutschen Politikers begründet und kritisch beurteilen.

- S. 20/21: Auf dieser Doppelseite diskutieren die Schüler*innen die Frage, ob Kinderrechte in das Grundgesetz aufgenommen werden sollten oder nicht. Dass Kinderrechte in das Grundgesetz aufgenommen werden sollen, ist laut Vereinbarung des Koalitionsvertrages schon beschlossen. Allerdings ist kurz vor der nächsten Bundestagswahl festzustellen, dass es die Kinderrechte immer noch nicht in das Grundgesetz geschafft haben. Gerade in Zeiten der Pandemie könnten Kinderrechte dabei helfen, staatliches Handeln am Wohle der Kinder auszurichten, zumal es auf internationaler Ebene eine Kinderrechtskonvention gibt. (Hierzu siehe Artikel 3 Abs. 1 der Kinderrechtskonvention: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“) Hier wird – wie im ganzen Heft – die Mehrdimensionalität der Rechtskataloge aufgezeigt. Die Schüler*innen werden mit Argumenten für und gegen die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz konfrontiert.



Sie sehen sich die Vereinbarung des Koalitionsvertrages an und positionieren sich schlussendlich zu der Frage, ob Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden sollten oder nicht.

- S. 22/23: Diese Doppelseite nimmt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Februar 2020 auf. Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass die „passive“ Sterbehilfe nicht länger unter Strafe steht. Dieses für viele Beobachter*innen überraschende Urteil belebte die Diskussion um die Frage, wie ein selbstbestimmtes Leben bis hin zum Tod gelingen kann, neu. Obwohl das Thema für manche Schüler*innen sensibel sein mag, so sollten junge heranwachsende Menschen gerade bei moralischen Fragen nicht aus dem Diskurs ausgeschlossen werden. Sie am Diskurs zu beteiligen und eine Meinungsbildung zu existenziellen Fragen unterrichtlich begleitet anzuregen, ist Aufgabe des Politikunterrichts. Die Schüler*innen lernen, dass Grundrechte vom Lebensbeginn bis zum Lebensende eine tatsächliche Relevanz für sie haben. Mithilfe einer sehr überspitzten Karikatur lernen die Schüler*innen die Sorgen derer kennen, die sich gegen die „passive“ Sterbehilfe aussprechen.

- S. 24/25: Hier werden die Schüler*innen angeleitet, einen eigenen Report über die Grund- und Menschenrechte in ihrer Region zu verfassen. Die Schüler*innen wenden ihr erworbenes Wissen und ihre Kompetenzen an und prüfen, wie es um den Schutz von Grund- und Menschenrechten in ihrer Umgebung bestellt ist. Dieser handlungsorientierte Abschluss bietet den Schüler*innen die Möglichkeit zur Reflexion des Gelernten und hilft ihnen, politische Problemstellungen in ihrem unmittelbaren Umfeld auf grund- und menschenrechtliche Perspektiven zurückzubinden. Durch die selbstständige Medienproduktion erweitern die Schüler*innen ihre digitalen Kompetenzen. Mithilfe einer Anleitung für das Erstellen eines Radiobeitrags/ Podcasts können die Schüler*innen diese Aufgabe als Abschlussprojekt für das Thema Grund- und Menschenrechte nutzen. Ebenso ist es denkbar, dieses Projekt als Einstieg in die Unterrichtseinheit zu nutzen und die Schüler*innen für Grund- und Menschenrechte zu sensibilisieren. Hierfür sollten allerdings Präkonzepte der Schüler*innen in Bezug auf Grund- und Menschenrechte in Erfahrung gebracht werden, um gegebenenfalls nochmals Grundlagen zu vermitteln.

Handlungsorientierter Abschluss

WOCHENSCHAU-Redaktion

Politisches Fachbuch



hrsg. von Ralf Fücks und Christoph Becker
ISBN 978-3-7344-1122-9, 288 S., € 19,90
PDF: ISBN 978-3-7344-1123-6, € 17,99



von Benno Hafeneeger u. a.
ISBN 978-3-7344-1164-9, 176 S., € 14,90
PDF: ISBN 978-3-7344-1165-6, € 13,99
EPUB: ISBN 978-3-7344-1200-4, € 13,99



von Wolfgang Benz
ISBN 978-3-7344-0914-1, 256 S., € 14,90
PDF: ISBN 978-3-7344-0915-8, € 11,99
EPUB: ISBN 978-3-7344-0916-5, € 11,99

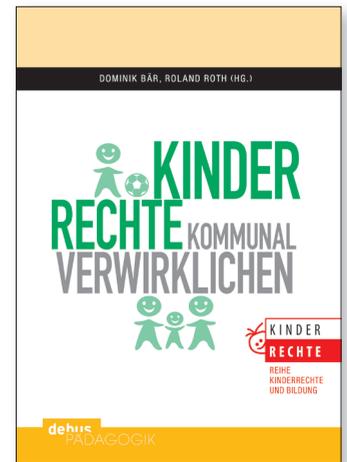




von Christa Kaletsch und Jasmine Gebhard
ISBN 978-3-95414-173-9, 80 S., € 12,90
PDF: ISBN 978-3-95414-174-6, € 11,99



hrsg. von Katharina Gerarts
ISBN 978-3-95414-137-1, 96 S., € 12,90
PDF: ISBN 978-3-95414-138-8, € 10,99



hrsg. von Dominik Bär und Roland Roth
ISBN 978-3-95414-146-3, 250 S., € 29,90
PDF: ISBN 978-3-95414-147-0, € 23,99



hrsg. Wolfgang Edelstein, Lothar Krappmann und Sonja Student
Buch + Download Grundschule:
ISBN 978-3-95414-129-0, 208 S., € 28,40
Buch + Download Sek. I:
ISBN 978-3-95414-130-2, 208 S., € 28,40



hrsg. von Lothar Krappmann und Christian Petry
ISBN 978-3-95414-054-1, 304 S., € 29,90
PDF: ISBN 978-3-95414-055-8, € 23,99



www.wochenschau-verlag.de/kinderrechte

Kinderrechte sind zum zentralen Bezugspunkt in der pädagogischen Arbeit geworden. Sie kommen in allen pädagogischen Bildungseinrichtungen vor: von der Elementarbildung bis zum Abitur, über Partizipation oder Selbstwirksamkeitserfahrungen. Was bedeutet aber die Umsetzung der Kinderrechte in der Praxis? Und welche Bedeutung haben sie für die pädagogische Fachkraft? Die Bände der Reihe geben Antworten auf diese und weitere Fragen zum Themenfeld Kinderrechte und Bildung.

**KINDER
RECHTE**

REIHE
KINDERRECHTE
UND BILDUNG

debus
PÄDAGOGIK

Eschborner Landstr. 42-50, 60489 Frankfurt/M.
Tel.: 07154/1327-30, Fax: 07154/1327-13
bestellservice@debus-paedagogik.de
www.debus-paedagogik.de